

PRESSEMITTEILUNG

B1-Tunnel nicht im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthalten – SPD pocht weiter auf Realisierung

Mit Ärger und Bedauern nehmen die SPD-Bundestagsabgeordnete Sabine Poschmann und Hendrik Berndsen, baupolitischer Sprecher der Dortmunder SPD-Ratsfraktion, zur Kenntnis, dass der B1-Tunnel im neuen Bundesverkehrswegeplan nicht in den „vordringlichen Bedarf“ eingestuft wurde. Der Arbeitsentwurf wurde heute vom Bundesverkehrsministerium vorgestellt.

„Dass der B1-Tunnel im ersten Entwurf nicht als vordringlich eingestuft ist, ist keine gute Botschaft von Minister Dobrindt für die Dortmunder Bürgerschaft“, so Berndsen. Wenn es dabei bleiben sollte, sei eine Realisierung des rund 2,2 Kilometer langen Tunnelprojektes von der Märkischen Straße bis Höhe B236n vor 2030 nicht möglich. „Für die B1-Anwohner und alle Dortmunder ist das eine schlechte Nachricht“, zeigt sich Berndsen als stellvertretender Vorsitzender im Bauausschuss des Rates verärgert. Er verspricht: „Wir werden alles daran setzen, die Bedeutung des Projekts für die Menschen in Dortmund deutlich zu machen.“

„Mit diesem Auftakt ist die finale Entscheidung allerdings noch nicht getroffen“, ergänzt Poschmann. „Deswegen rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, an dem sechswöchigen Bürgerbeteiligungsverfahren teilzunehmen, das nun startet. Ich selber werde mich in Berlin selbstverständlich weiter für den B1-Tunnel und die Dortmunder Interessen einsetzen.“

Als erfreuliche Nachricht für die Bürger bewertet Poschmann die Einstufung der weiteren B1/A40-Abschnitte auf Dortmunder Stadtgebiet in den „vordringlichen Bedarf“. Mit dem geplanten Ausbau der A40 auf sechs Fahrspuren bis zum Autobahnkreuz Dortmund/Unna beispielsweise werde für eine deutliche Entlastung gesorgt. Auch die Einstufung der Nordstrecke des Dortmund-Ems-Kanal in den „vordringlichen Bedarf“ sei für Dortmund sehr zu begrüßen, so die stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Der Bundesverkehrswegeplan ist eines der wichtigsten verkehrspolitischen Projekte dieser Wahlperiode. Mit ihm werden für die kommenden 15 Jahre die entscheidenden Weichen für die bundesweite Verkehrsinfrastruktur gestellt. Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft sind, haben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, bis 2030 geplant und gebaut zu werden.

Link zum Bürgerbeteiligungsverfahren ab Montag, 21.03.2016: www.bvwp2030.de